

Welchen Einfluß hat die Kriminologie auf die Kriminalpolitik in den USA?

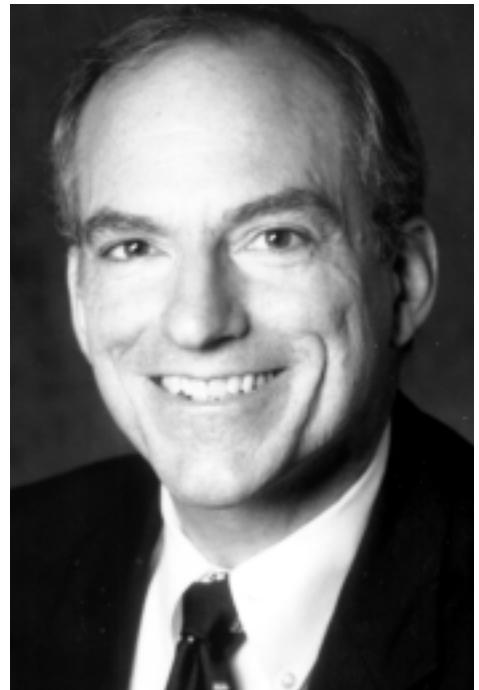


Interview mit Lawrence Sherman

Vorbemerkung: Im Jahr 1996 wurde durch ein Bundesgesetz die Vorlage eines unabhängigen Evaluationsberichts an den amerikanischen Kongress hinsichtlich der Effektivität der vom U. S. Department of Justice gesponserten örtlichen und bundesstaatlichen Kriminalitätspräventionsprogramme gefordert. Das National Institute of Justice (NIJ) gab den Zuschlag einer Forschergruppe der Universität Maryland unter der Leitung von Lawrence Sherman. Der 1998 vorgelegte Bericht geht über die Fragen der Effektivität bestimmter Präventionsprogramme hinaus und bezieht auch die Effektivität unterschiedlicher strafrechtlicher Interventionen ein. Im Ergebnis der Analyse von mehr als 500 Evaluationsstudien beurteilten die Forscher die Ansätze nach drei Klassen: Projekte und Strategien, die nach rigiden methodischen Ansprüchen als erfolgreich anzusehen waren (»What works«), Projekte, die als Mißerfolg einzustufen waren (»What doesn't work«) und Projekte, deren Erfolg durch empirische Studien zwar nahegelegt wurde, allerdings noch nicht wissenschaftlich abgesichert war, und die insofern als »erfolgversprechend« gelten konnten (»What's promising«). Der Bericht ist unter www.preventingcrime.org im Internet in der vollständigen und in einer Kurzfassung (Research in Brief, July 1998 des NIJ) zugänglich.

Beispiele für erfolgreiche Strategien der Kriminalprävention sind im familiären Bereich wöchentliche Hausbesuche von Lehrern bei Eltern von Vorschulkindern, familienthalerapeutische Maßnahmen und Elterntrainingsseminare, im schulischen Bereich z. B. systematische Erziehung in sozialer und emotionaler Kompetenz, Konfliktlösungsstrategien (Mediation), Selbstkontrolle etc., im justiziellen Bereich z. B. ambulante und stationäre Behandlungsprogramme, die Prinzipien erfolgreicher Straftäterbehandlung anwenden (vgl. Andrews u. a. Criminology 1990, S. 369 ff.), aber auch Drogentherapie im Strafvollzug, wenn sie auf dem Prinzip der therapeutischen Gemeinschaft aufbaut.

Interessant ist auch, was nicht erfolgreich erscheint. Hier werden die sogenannten Schußwaffen-Aufkaufprogramme aufgeführt, mit denen die Verfügbarkeit von Schußwaffen reduziert werden sollte, ferner die Mobilisierung von Anwohnern in innerstädtischen Armenvierteln. Im justiziellen Bereich wurden Neighborhood-watch-Programme, die über die Polizei organisiert wurden, als Fehlschlag eingestuft, auch die Inhaftierung (formelle Sanktionierung) jugendlicher Bagatellstraftäter wurde gegenüber der informellen Erledigung bzw. ambulanten Sanktionierung als nachteilig eingestuft (was den deutschen Forschungen von Heinz u. a. zur Diversion entspricht). Alle Formen der schockweisen Inhaftierung (shock incarceration, shock probation etc.) oder der militarisierter Erziehung in boot camps o. ä. wurden als Fehlschlag bewertet. Gleches gilt für den elektronisch überwachten Hausarrest bei »low-risk offenders«. Die Fülle der als vielversprechend und weiter zu beforschenden Ansätze kann hier aus Raumgründen nicht dargestellt werden. Knapp drei Jahre nach Vorlage der umfassenden Evaluationsstudie von Sherman u. a. schien es uns angezeigt nachzufragen, welche Auswirkungen der Bericht in der amerikanischen Kriminalpolitik gehabt hat.



Prof. Lawrence Sherman lehrt an der University of Maryland und ist Präsident der Amerikanischen Gesellschaft für Kriminologie (ASC)

Frage: Sie haben im Jahr 1998 zusammen mit Kollegen einen umfassenden Forschungsbericht zur Kriminalprävention, Strafzumessung und der Wirksamkeit unterschiedlicher Strafen bzw. Sanktionen vorgelegt. Im Auftrag des National Institute of Justice wurden mehr als 500 Evaluationsstudien ausgewertet und kriminalpolitische Empfehlungen unter der Überschrift »What works, what doesn't and what's promising?« präsentiert.¹ Wie schätzen Sie die Wirkungen dieses Berichts auf die Kriminalpolitik allgemein ein?

Sherman: Der Einfluß unseres Forschungsberichts der Universität Maryland war nicht so groß, wie man sich das erhofft hätte. Es gibt Tendenzen, effektive Programme zu finanzieren, aber nicht genug. Am deutlichsten wird der Einfluß in drei Bereichen sichtbar:

- Die Regierung von Tony Blair in England hat ein 500 Millionen Dollar-Programm zur Kriminalitätsreduzierung aufgelegt, das auf dem Maryland-Bericht basierte.
 - Der Konsens, daß das DARE-Programm² nicht effizient erscheint, führte – wie kürzlich aus der New York Times zu entnehmen war – zu seiner völligen Neukonzipierung
 - Es gibt jetzt die offizielle Empfehlung, daß aus dem 550 Millionen Dollar-Fonds für sichere und drogenfreie Schulen und Gemeinden (Safe and Drug-Free Schools and Communities Program) nur solche Programme gefördert werden sollen, für die zwei unabhängige Evaluationsstudien vorliegen, die nachweisen, daß das Projekt zur Prävention der Kriminalität oder des Drogenmißbrauchs tatsächlich beiträgt.

Frage: Was waren die Auswirkungen Ihrer Studie auf der Bundesebene? Gibt es eine generelle Tendenz der Regierung, vermehrt solche Projekte und Kriminalpräventionsstrategien zu finanzieren, die von Ihnen und Ihren Kollegen als erfolgreich identifiziert wurden?

Sherman: Der Bundeskongreß hat mich bei zehn verschiedenen Gelegenheiten angehört, hat aber noch nicht die Gesetzgebung dahingehend geändert, daß die Programmevaluation verstärkt gefördert werden soll, wie wir dies empfohlen hatten. In der Tat wurde keine neue Gesetzgebung zur Förderung (Finanzierung) der Kriminalprävention seit 1996, also vor unserer Studie, verabschiedet. Das liegt teilweise sicherlich an der generellen Pattsituation zwischen Kongreß und Weißem Haus unter der Clinton-Regierung.

Frage: Gibt es Beispiele für eine Wirkung Ihrer Forschungen in einzelnen Bundesstaaten auf dem Gebiet der Kriminalprävention oder justizieller Interventionen?

Sherman: Ich kann keine Staaten benennen, die ihre Kriminalpolitik geändert hätten, aber einzelne Städte haben ihre Förderungspraxis bezüglich Kriminalprävention geändert, insbesondere Fort Worth in Texas und Salt Lake City in Utah, wo der Bericht die Debatte über das DARE-Programm

entfachte. Andere Städte haben sich gegen die sogenannten Schußwaffen-Rückkauf-Programme entschieden, die im Bericht als ineffizient eingestuft wurden. Weitere Städte haben Hausbesuchssprogramme von Krankenschwestern bei Familien mit Kleinkindern ausgebaut.

Frage: Aus europäischer Sicht wird die extensive Inhaftierungspolitik der USA stark kritisiert. In Ihrem Bericht evaluierte Studien belegen, daß eine lediglich auf harte Bestrafung setzende Kriminalpolitik nicht besonders effektiv ist, um Kriminalitätsraten zu reduzieren. In Ihrem Bericht wurde eine Fülle alternativer Strategien als effizienter bezeichnet. Sehen Sie Ansätze einer Wende von einer nur auf »getting tough« (hart zupacken) setzenden zu einer rationaleren und empirisch begründeten Kriminalpolitik?

Sherman: Es gibt eine definitive Kehrtwende der Einsperrungspolitik im Hinblick auf Drogentäter.³ Der Gouverneur von New York hat für weniger Gefängnisstrafen und mehr Behandlung für Drogentäter plädiert, in gleicher Richtung geht ein Volksentscheid der kalifornischen Wähler vom letzten November.

Frage: Welche Rolle spielt die Amerikanische Gesellschaft für Kriminologie (ASC) in diesem Zusammenhang? Bei der letzten Jahrestagung der ASC im November 2000 in San Francisco fand eine von mehreren Kriminologen vorgelegte Analyse der Ursachen der weltweit nach Russland höchsten Gefangenennraten in den USA breite Akzeptanz und wurde von vielen als Aufruf für eine Kehrtwende in der Einsperrungs- und Strafenpolitik verstanden.⁴

Sherman: Die ASC hat keine offizielle Position zur Einsperrungspolitik bezogen. Nach meiner Meinung als Präsident dieser Organisation sollte die ASC ein offenes Forum für alle Strömungen der Kriminologie bleiben und sollte für keinerlei Richtung Partei ergreifen als für die Wahrheit und die Wissenschaftlichkeit.

Frage: Was erwarten Sie von der neuen Regierung unter George W. Bush im Hinblick auf Kriminalprävention, Strafrechtspflege und Kriminalpolitik?

Sherman: Ich erwarte, daß die Bush-Administration versuchen wird, einige der von Clinton geschaffenen Restriktionen des bundesstaatlich lizenzierten Waffenhandels rückgängig zu machen und andere Forderungen der National Rifle Association zu erfüllen. Ich halte es ferner für möglich, daß die Finanzierung von Projekten und Programmen zukünftig stärker auf der Basis von Evaluationsergebnissen erfolgt. Dies ist zumindest die definitive Haltung meines Kollegen John Dilulio im Amt des Präsidenten für »Faith-Based and Community Initiatives«.

Vorbemerkungen, Fragen und erläuternde Anmerkungen sowie Übersetzung des Interviews von Prof. Dr. Frieder Dünkel, Universität Greifswald, Mitherausgeber dieser Zeitschrift

Anmerkungen

- 1 Vgl. Sherman, L. W., u. a.: Preventing Crime. What Works, What Doesn't, What's Promising. U. S. Department of Justice, Office of Justice Programs, National Institute of Justice 1998 (Bezug: <http://www.preventingcrime.org>).



- 2 Drug Abuse Resistance Education; hierbei handelt es sich um ein von uniformierten Polizeibeamten durchgeführtes Aufklärungs- und Drogenerziehungsprogramm für 5. und 6. Schulklassen.
 - 3 Der Anstieg der Gefängnispopulation in den USA in den 90er Jahren wird hauptsächlich auf die verschärzte Inhaftierungspolitik bei Drogentätern zurückgeführt, vgl. Blumstein/Beck, in Tonry/Petersilia (Hrsg.): Prisons. Crime and Justice, Bd. 26, S. 20 ff., 44 ff.
 - 4 The Use of Incarceration in the United States, National Policy White Paper (Draft), November 2000. Chairman des National Policy Committee war James Austin, George Washington University.